Halterkostenbescheid | Anhörung vor dem Erlass

– Der Erlass eines Halterkostenbescheides nach § 25a StVG (wegen Fehlschlagen der Täterermittlung wegen einer Ordnungswidrigkeit im Straßenverkehr) scheidet aus, wenn der Halter nicht binnen zweier Wochen nach Begehung der ihm zur Last gelegten Zuwiderhandlung gegen die StVO angehört wurde. Die Anbringung einer Verwarnung an der Windschutzscheibe des Fahrzeugs genügt dazu als Ersatz der Anhörung nicht.

AG Tiergarten, Entscheidung vom 4.8.2015,
Az. 290 OWi 675/15, NZV 2017, 183

Foto: Sven Grundmann/Fotolia

Geschwindigkeitsmessverfahren | Achtung bei Höhe der behaupteten Ungenauigkeit

– Die Behauptung , dass es bei einem bestimmten Messverfahren zu Messungenauigkeiten von „bis zu 2 km/h" kommen könne, bietet dem Tatrichter keinen konkreten Anhaltspunkt für eine gerichtlich zu überprüfende Fehlerquelle der Messung, wenn die behauptete Messungenauigkeit damit weniger als der vorgenommene Toleranzabzug beträgt.

OLG Hamm, Entscheidung 24.1.2017,
Az. 4 RBs 11/17, NZV 2017, 194

Arglist | Falsche Angaben gegenüber dem Versicherer

– Angaben gegenüber dem Versicherer „ins Blaue hinein" können bereits für sich den Vorwurf einer Arglist rechtfertigen. Eine Bereicherungsabsicht des Versicherungsnehmers ist für die Annahme der Arglist nicht erforderlich. Den Versicherungsnehmer trifft die Nachweispflicht dahingehend, dass die in einem Sachverständigengutachten aufgeführten Schäden oder zumindest abgrenzbare Teile davon auf das von ihm beschriebene Unfallereignis zurückzuführen sind.

LG Essen, Entscheidung vom 4.1.2016,
Az. 18 O 228/13, r+s 2017, 182

Foto: Marcus Führer/dpa

Schmerzensgeld | Eine Verletzung der Halswirbelsäule bei 8 bis 12 km/h

– Ein Anspruch auf Schmerzensgeld wegen einer Halswirbelsäulen (HWS)-Beschleunigungsverletzung kommt grundsätzlich auch bereits bei einer Geschwindigkeitsänderung von acht bis zwölf Stundenkilometern in Betracht.

Ob bei Heckanstößen in diesem geringen Geschwindigkeitsbereich HWS-Verletzungen ohne weiteres auszuschließen sind, ist in Literatur und Rechtsprechung nach wie vor streitig.

Es kommt in solchen Fällen auf die sachverständige Begutachtung an, ob es sich um einen schadensadäquaten Verletzungsablauf handelt, der zu einer hinreichenden Verletzungsintensität führen kann. Zumindest ist in diesem Geschwindigkeitsbereich nach Ansicht des Gerichts eine derartige Verletzung nicht von vornherein ausgeschlossen.

LG Wiesbaden, Entscheidung vom 14.11.2016,
Az. 9 O 176/14, VersR 2017, 562

Schadensabrechnung | Kombination aus fiktiv und konkret unzulässig

– Wählt der Geschädigte eines Unfalls den Weg der fiktiven Schadensabrechnung, sind die im Rahmen einer tatsächlich erfolgten Reparatur angefallenen Kosten einer Reparaturbestätigung für sich genommen nicht ersatzfähig. Eine Kombination von fiktiver und konkreter Schadensabrechnung ist insoweit unzulässig. Die im Rahmen einer tatsächlich erfolgten Reparatur angefallenen Kosten sind damit nicht zusätzlich ersatzfähig. Der Geschädigte muss sich vielmehr an der gewählten Art der Schadenleistung festhalten lassen.

Im entschiedenen Fall hatte der Geschädigte nach fiktiver Abrechnung sein Fahrzeug in Eigeninitiative reparieren lassen und wollte dazu die Kosten für eine ordnungsgemäße Reparaturbestätigung durch einen Sachverständigen zusätzlich ersetzt bekommen.

BGH, Entscheidung vom 24.1.2017,
Az. VI ZR 146/16; r+s 2017, 215

Drogenkonsum | Kündigung eines Berufskraftfahrers rechtens

– Die Einnahme von Amphetamin und Methamphetamin kann die außerordentliche Kündigung des Arbeitsverhältnisses eines Berufskraftfahrers auch dann rechtfertigen, wenn nicht feststeht, dass seine Fahrtüchtigkeit konkret beeinträchtigt war. Die Tatsache des Konsums kann für sich allein genommen genügen.

BAG, Entscheidung vom 20.10.2016,
Az. 6 AZR 471/15, DAR 2017, 283

Verbleib in der Werkstatt | Begrenzung von Standgeldkosten beim Unfallauto

– Verbleibt ein Unfallfahrzeug infolge gescheiterter Verkaufsverhandlungen zwischen Eigentümer und Reparaturwerkstatt jahrelang auf dem Werkstattgelände, ist ein Standgeldanspruch der Werkstatt auch dann nicht auf neun Tage begrenzt, wenn zu einem Zeitpunkt, als die Verkaufsverhandlungen noch erfolgversprechend erschienen, seitens der Werkstatt in Aussicht gestellt wurde, nur für neun Tage Standgeld zu berechnen.

Aber auch die Werkstatt darf ihrerseits Standgeldkosten nicht für eine beliebig lange Zeit fordern, sondern ihr Anspruch ist unter Schadenminderungsgesichtspunkten von vornherein auf den (Rest-)Wert des Fahrzeugs begrenzt.

OLG Koblenz, Entscheidung vom 9.3.2016,
Az. 2 U 217/15, DAR 2017, 268

Foto: Christophe Gateau/dpa

Dieselskandal | Rücktritt vom Kaufvertrag bei Garantie über Umweltverträglichkeit

– Der Hersteller eines Dieselfahrzeuges mit manipulierter Software zur Beeinflussung des Abgasverhaltens („Schummelsoftware") haftet dem Käufer nur dann auf Rückgängigmachung des Kaufvertrages, wenn sich dieser auf einen Garantievertrag über die Umweltverträglichkeit des Fahrzeugs berufen kann. Dabei begründet einschlägige Werbung noch kein Garantieangebot.

LG Braunschweig, Entscheidung vom 29.12.2016,
Az. 1 O 2084/15 (249), NZV 2017, 189